

## Antrag

der Fraktion DIE LINKE.

### Durch einen humanitären Akt Frieden befördern – Gilad Shalit freilassen

Der Deutsche Bundestag wolle beschließen:

Der israelische Soldat Gilad Shalit ist seit vier Jahren gefangen. Während dieser Zeit hatten weder kompetentes medizinisches Personal noch das Internationale Rote Kreuz Zugang zu Gilad Shalit. Das internationale Recht, die dritte Genfer Konvention von 1949 sieht vor, dass Kriegsgefangenen, wie anderen Gefangenen auch, ein Recht auf menschliche Behandlung haben. Sie haben ein Recht auf medizinische Betreuung und regelmäßigen Kontakt zu ihren Familien.

Der Zusammenhang zwischen der israelischen Besatzungspolitik und der Gefangennahme des israelischen Soldaten Gilad Shalit liegt auf der Hand. Gerade dieser Zusammenhang bestärkt die Rechte Gilad Shalits aus der dritten Genfer Konvention. Sie müssen ihm umgehend gewährt werden.

Der Deutsche Bundestag fordert die Freilassung des gefangenen israelischen Soldaten Gilad Shalit, auch als ein notwendiges humanitäres Zeichen.

Der Deutsche Bundestag appelliert an die Hamas, die Menschenrechte zu achten und dem Internationalen Roten Kreuz sofort Zugang zu Gilad Shalit zu gewähren. Eine Betreuung durch kompetentes medizinisches Personal soll umgehend sichergestellt werden.

Gilad Shalit muss darüber hinaus regelmäßiger Kontakt zu seiner Familie gewährt werden.

Der Deutschen Bundestag wünscht, dass die Freilassung von Gilad Shalit auch als humanitäres Zeichen für die Freilassung palästinensischer politischer Häftlinge aufgenommen wird. Eine Vielzahl von Abgeordneten des Palästinensischen Legislativrates wie zum Beispiel Marwan Barghuti ist in Israel inhaftiert. Bundestagsabgeordnete betreuen innerhalb des Programms „Parlamentarier schützen Parlamentarier“ inhaftierte palästinensische Kolleginnen und Kollegen. Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages hoffen, dass sich die Freilassung von Gilad Shalit und die Freilassung palästinensischer politischer Häftlinge vertrauensbildend für die Friedensgespräche zwischen Israel und den Palästinensern auswirken.

Berlin, den 26. Oktober 2010

**Dr. Gregor Gysi und Fraktion**

